

Gewalt gegen
Menschenrechtsverteidiger
im Süden Mexikos

Unterdrückte Stimmen



Inhalt

- 3 Merkmale und Problemstellungen in der Gemeinde Ayutla
- 4 Die Verteidigung der Menschenrechte in Ayutla
- 5 Die Fälle von Vergewaltigungen von Frauen aus den indigenen Gemeinden vor dem interamerikanischen System für Menschenrechte
- 6 Die Kriminalisierung von Organisationsprozessen in den indigenen Gemeinden
- 8 Drohungen und Übergriffe gegen MenschenrechtsverteidigerInnen
- 10 Die Arbeit der internationalen Menschenrechtsorganisationen in Ayutla
- 11 Empfehlungen

Titelfoto
 Beerdigung des ermordeten Vorsitzenden der Organization fuer die Zukunft des Volkes der Mixtecos (OFPM) im Februar 2009. Photo pbi

Editorial

Peace Brigades International (pbi) arbeitet seit 2003 in der Gemeinde Ayutla de los Libres im Bundesstaat Guerrero und bietet dort internationale Begleitung für Mitglieder von Organisationen der indigenen Bevölkerung sowie für die Anwälte einer lokalen Menschenrechtsorganisation, die aufgrund ihrer Arbeit starken Drohungen und Verfolgung ausgesetzt sind.

Im Laufe der Jahre konnte pbi den Einsatz und die Erfolge der Organisationen für die Umsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Region Ayutla beobachten. Gleichzeitig stellte pbi mit Bedauern Morde, „Verschwindenlassen“ und Todesdrohungen an Mitglieder dieser Organisationen fest. Die Verbrechen gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen haben das Ziel, die Arbeit dieser Organisationen zu unterbinden.

Mit dieser speziellen Veröffentlichung möchte pbi über die schwierige Situation informieren, in der sich die MenschenrechtsverteidigerInnen in der Region Ayutla befinden. Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan und die Organisation des Volkes der Me'phaa (OPIM), die beide von pbi begleitet werden, wurden in diesem Jahr erneut Opfer von massiven Drohungen. Die Übergriffe auf die Organisationen wurden zu einem Zeitpunkt ausgeführt, als den Organisationen wichtige Fortschritte bei ihrem Engagement für Gerechtigkeit gelangen, indem sie sich das interame-

rikanische System zum Schutz der Menschenrechte zu Nutze machten. Die OPIM und Tlachinollan wandten sich aufgrund der Straflosigkeit bei schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die indigene Bevölkerung in Mexiko an die interamerikanischen Instanzen.

Die Veröffentlichung wird zudem auf die Kriminalisierung der Mitglieder der OPIM sowie auf die jüngsten Vorfälle hinweisen, die in das „Verschwinden lassen“ und die Ermordung der Vorsitzenden der Organisation für die Zukunft der Mixtecos (OFPM) mündeten. Die Ereignisse sind von den lokalen Organisationen als Teil einer Strategie zur Behinderung der Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen in Ayutla angeprangert worden.

Am 10. Februar 2009 sagte der mexikanische Staat vor dem UN-Menschenrechtsrat zu, die mexikanischen MenschenrechtsverteidigerInnen zu beschützen, anzuerkennen und zu unterstützen, indem er die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für ihre Arbeit schafft und ihre Arbeit öffentlich anerkennt. Damit sagte Mexiko ein weiteres Mal zu, die Erklärung der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechtler, die seit mehr als 10 Jahren besteht, umzusetzen. Trotzdem werden die Verbrechen gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen in Ayutla in völliger Straflosigkeit begangen. Die internationale Gemeinschaft hat die Verantwortung, die Einhaltung der von Mexiko übernommenen internationalen Verpflichtungen zu überwachen und zu fordern. ■





Alejandra González Marín vom Menschenrechtszentrum Tlachigollan zusammen mit Valentina Rodríguez Cantú und Obdilia Eugenio als Teil von OPIW



Vom Militär beschädigtes Mais von Fortunato Prísiliano und Inés Fernández Ortega



Die indigene Bevölkerung der Me'phaa wehrt sich gegen die Militärpräsenz. pbi dokumentiert die Situation vor Ort.

Merkmale und Problemstellungen in der Gemeinde Ayutla

Der Bundesstaat Guerrero liegt im Südosten Mexikos und hat 3.115.202 Bewohner, von denen um die 390.000 zu einer der indigenen Volksgruppen zugeordnet werden können. Die starke Armut und Marginalisierung die in diesem Bundesstaat herrscht, trifft die indigenen Gemeinden im besonderen Maße. So lag 2005 die Analphabetenquote in der indigenen Gemeinde bei 39,7 Prozent.¹

Die Gemeinde Ayutla gehört zur Region Costa Chica, einer der sieben Regionen, in die dieser Bundesstaat aufgeteilt ist. Historisch ist die Gemeinde als Ort bekannt, in welcher 1854 der Plan Ayutla erarbeitet wurde. Der Plan Ayutla war die politische Verkündung, welche die Abschaffung der Diktatur des damaligen Präsidenten Mexikos, Santa Ana, und die Erarbeitung einer neuen Verfassung sowie die Beendigung der zentralistischen Regierungsform des Landes vorsah.

Derzeitig zeichnet sich Ayutla durch hohe Armutsraten und starke Marginalisierung aus. Es leben 55.350 Bewohner in Ayutla, von denen 15.760 zu den indigenen Völkern Na Savi und Me'phaa (Mixtecos und Tlapanechos) gehören. Fast ein Drittel dieser indigenen Bevölkerung (4.546 Personen) beherrscht nur ihre indigene Sprache und spricht kein Spanisch. Die „Nationale Kommission zur Entwicklung der Regionen mit indigener Bevölkerung in Mexiko“ attestiert der

Region einen sehr hohen Grad an Marginalisierung. In jüngster Vergangenheit geriet die Region immer wieder in die Schlagzeilen der mexikanischen Medien. Auch in der internationalen Gemeinschaft ist die Region unter den Institutionen, die sich mit dem Thema Menschenrechte beschäftigen, aufgrund der Schwere der Menschenrechtsverletzungen gegen die lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen bekannt.

Ayutla gehört zu den Gemeinden der Region, denen am meisten öffentliche Gelder zugesprochen werden, aufgrund der hohen Armutsraten insbesondere der indigenen Bevölkerung und aufgrund des Interesses des mexikanischen Staates, der Gemeinde, in der das Massaker „El Charco“ stattfand, mehr öffentliche Gelder zukommen zu lassen.² Die Veruntreuung der öffentlichen Gelder der Bundesregierung zur persönlichen Bereicherung lokaler Amtsträger wurde immer wieder durch die lokalen Organisationen angezeigt. Sowohl bei öffentlichen

Veranstaltungen und in der lokalen Presse als auch durch eine strafrechtlichen Anzeige wegen Veruntreuung gegen die lokalen Behörden.

Nach dem Massaker von „El Charco“ 1998 registrierten die indigenen Dörfer der Gemeinde Ayutla und der angrenzenden Gemeinden ein Erhöhung der Militärpräsenz. Seitdem kam es immer wieder zu Protesten gegen das Verhalten der Militärs, die in die Dörfer eindringen, vergewaltigen, Geld oder Lebensmittel stehlen und die Bevölkerung verhören, um Informationen über die mutmaßliche Präsenz von bewaffneten Gruppen oder den Anbau von Drogen zu erlangen. Das Verteidigungsministerium rechtfertigt die Präsenz des Militärs in der Region mit dem Krieg gegen die Drogen. Die indigenen Gemeinden berichten zudem über die gezielte Spaltung der Gemeinden und gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinden, die auf die Militarisation der Region zurückzuführen ist.³ In der ganzen Region gibt es Anzeigen und Berichte von bewaffneten zivilen Gruppen, die man mit dem Militär und den polizeilichen Institutionen in Verbindung bringt.⁴

Im Dorf „El Charco“, welches zur Gemeinde Ayutla de los Libres gehört umstellte die mexikanische Armee im Morgengrauen des 7. Juni 1998 die Grundschule „Catarino Maldonado“, in der eine Gruppe von Menschen schlief. Laut Aussagen von Überlebenden tötete die Armee 11 Personen, verletzte weitere 5 und verhaftete 22 Personen, unter ihnen 5 Minderjährige. Die Verhafteten wurden zu einem Militärstützpunkt der Armee gebracht, in dem man sie 2 Tage lang festhielt. Die Verhafteten berichteten über Folter; NGOs und die Medien wurden für zwei Tage darin gehindert sich zum Tatort zu begeben. Unter den Toten war ein Student der UNAM, und laut der Guerillaorganisation ERPI

vier ihrer Mitglieder. Die Regierung präsentierte die Ereignisse als eine Auseinandersetzung zwischen der Armee und der Guerilla. Verschiedene Personen, die während dem Massaker El Charco verhaftet wurden, wurden später von paramilitärischen Gruppen ermordet. Galindo Sierra Francisco im Januar 2001, Andreas Marcelino Petrona im August 2001. Der Leichnam von Raúl Lucas, Vorsitzende der Mixtecos, wurde am 20. Februar 2009 aufgefunden.

Limeddh, *La matanza del Charco*, 7. Juni 1999, [www.derechos.org/limeddh/doc/charco.html] y *La Jornada*, 24. Februar 2009.

1 Daten aus Erhebung zur Situation der indigenen Bevölkerung aus den Jahren 2000 und 2005

2 siehe Kasten

3 *La Jornada Guerrero*, 30. Januar 2008

4 *El Sur*, 19. September 2007



Vertreter der deutschen und der französischen Botschaft in einem Treffen mit Mitgliedern der OPIM und Mitarbeitern von Tlachinollan in Ayutla am 17. April 2009.

Die Verteidigung der Menschenrechte in Ayutla

Die Organisationen der indigenen Bevölkerung in Ayutla

Auf der Suche nach Lösungen bezüglich der Armut und Marginalisierung, welche in den indigenen Gemeinden alltäglich sind, ist die „Unabhängige Organisation der Völker der Mixtecos und Tlapanecos“ (OIPMT) mit einer starken Präsenz in den Gemeinden Ayutla und Acatepec gegründet worden. 2004 entstanden aus dieser Organisation die beiden Organisationen „Organisation für die Zukunft der Mixtecos“ (OFPM) und „Organisation des Volkes der Me'phaa“ (OPIM), um getrennt jeweils die Interessen der eigenen Volksgruppe zu vertreten, die unterschiedliche Sprachen sprechen. Die beiden Organisationen führten die Arbeit der OIPMT fort und setzten sich für die Grundrechte der beiden Volksgruppen ein. Wichtige Forderungen der beiden Organisationen sind die Beendigung der Straflosigkeit sowie die Herstellung von Gerechtigkeit in den dokumentierten Fällen von Menschenrechtsverletzungen gegen die indigene Bevölkerung. Viele der Menschenrechtsverletzungen werden von staatlichen Amtsträgern begangen, unter anderem von den Sicherheitskräften des Staates. Die OPIM widmet sich unter anderem der Unterstützung der indigenen Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt in Verhören des Militärs wurden. Die Verhöre des Militärs sollten der Informationsbeschaffung über die mutmaßliche Präsenz von Guerillagruppen in der Region dienen. Opfer der Vergewaltigungen haben mit der Unterstützung der OPIM Anzeige gegen Soldaten der

mexikanischen Armee erstattet und Ermittlungen sowohl der mexikanischen Justizbehörden als auch der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) gefordert.¹

Die OPIM und die OFPM fordern die Verbesserung der Infrastruktur und eine sinnvolle Verwendung der öffentlichen Ausgaben in den Gemeinden. Hierzu erarbeiten sie konkrete Vorschläge und Forderungen, insbesondere in den Bereichen der medizinischen Versorgung, Bildung und Kommunikation. Die Organisationen fordern von den Vertretern des Staates, vor allem auf der Gemeindeebene, eine gerechte Verteilung der öffentlichen Gelder, die für Infrastrukturprojekte vorgesehen sind. Damit wollen sie erreichen, dass alle Dörfer und alle Bevölkerungsschichten der Gemeinde Zugang zur Grundversorgung haben. Zeitgleich setzen sich die Organisationen für die wirtschaftliche Entwicklung ein, indem sie landwirtschaftliche Projekte anstoßen und die illegale Rodung der Wälder anzeigen.

Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan und ihr rechtlicher Beistand: Die Arbeit der Anwälte Tlachinollans mit den Organisationen aus Ayutla

Nach dem Massaker in „El Charco“ 1998 begannen nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen, die Situation in Ayutla zu verfolgen. Die lokalen indigenen Organisationen vernetzten sich mit den Menschenrechtsorganisationen, um ihren Forderungen nach Gerechtigkeit Nachdruck zu verleihen. Eine enge Zusammenarbeit entwickelte sich vor allem mit dem Menschenrechtszentrum Tlachinollan, welches 1994 in Tlapa mit dem Ziel gegründet wurde, die Einhaltung der Menschenrechte in der Region La Montaña zu fördern. Seit 2003 verfügt Tlachinollan über

ein Büro in Ayutla, um bei Fällen von Menschenrechtsverletzungen in der Region Costa Chica Unterstützung zu leisten.

Die Anwälte Tlachinollans übernahmen verschiedene Fälle, in denen die OPIM oder die OFPM Anzeige erstatteten, und sorgten für Öffentlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene, indem sie die Fälle vor die Justiz und auf die Agenda der Medien brachten. Tlachinollan vertritt juristisch die beiden vergewaltigten indigenen Frauen, Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú, sowie die Führung der OPIM, die aufgrund der öffentlichen Anklagen, die sie in diesen Fällen machten, Todesdrohungen erhielt. Die Anwälte übernahmen auch die juristische Vertretung der Männer aus dem Dorf „El Camalote“, die 1998 durch Druck und falsche Versprechen des Gesundheitsministeriums zu einer Sterilisation gezwungen wurden. In den letzten Monaten stand auf der Agenda der Anwälte die juristische Vertretung der Mitglieder der OPIM, gegen die ein Haftbefehl ausgestellt wurde, und von denen fünf inhaftiert wurden. Nach den Morden am Präsidenten und am Sekretär der OFPM im Februar 2009 vertreten die Anwälte auch die Familienangehörigen der Opfer, die Gerechtigkeit fordern. ■

Für unsere Arbeit wählen wir repräsentative Fälle aus. Fälle, welche die schwierige Menschenrechtssituation in Mexiko verdeutlichen und welche die strukturellen Gründe für die Menschenrechtsverletzungen aufzeigen. Bei unserer Verteidigungsstrategie bedienen wir uns eines Ansatzes, der verschiedenen Elemente verbindet, um die Fälle zu gewinnen und die Einhaltung der Rechte zu fordern. Die juristische Arbeit alleine reicht nicht aus, um Gerechtigkeit zu erlangen, da wir uns an die selben staatlichen Institutionen und Behörden wenden müssen, welche die Menschenrechte verletzen. Deswegen verbinden wir die juristische Arbeit mit politischer Lobbyarbeit, mit Druck, den wir durch die Medien herstellen können, mit der Vernetzung mit nationalen und internationalen Organisationen sowie mit dem Organisationspotential der Bevölkerung. Ohne die Verbindung dieser verschiedenen Elemente unserer Arbeit ist es schwierig Gerechtigkeit zu erlangen.

Mario Patrón – Anwalt des Menschenrechtszentrums Tlachinollan

¹ Interviews von pbi mit Otilia Eugenio Manuel und Andrea Eugenio Manuel in den Jahren 2006 und 2007 und der achte und neunte Jahresbericht von Tlachinollan aus den Jahren 2001 bis 2003.



Mario Patrón, Obtilia Eugenio, Inés Fernández und Valentina Rosendo vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte.

Die Fälle von Vergewaltigungen von Frauen aus den indigenen Gemeinden vor dem interamerikanischen System für Menschenrechte

Von den Menschenrechtsverletzungen, die in der Region Ayutla zur Anzeige gebracht wurden, sind die Fälle von Vergewaltigungen indigener Frauen besonders gravierend.¹ Tlachinollan

„Mich haben Soldaten vergewaltigt, vergangenes Jahr haben sie meinen Bruder Lorenzo umgebracht, der Mitglied der Organisation des indigenen Volkes Me'phaa (OPIM) war und der mich immer bei der Anzeige unterstützt hat. Zudem erhielt mein mir verbleibender Bruders Ocotlán und mein Mann Todesdrohungen; zwei meiner Neffen, beide Mitglieder der OPIM, waren zu Unrecht im Gefängnis. Ich lebe in Angst um meine Kinder und um mich, ich weiß nicht, was die Regierung noch will, das Einzige, worum wir gebeten haben, ist Gerechtigkeit. Ich habe die Vergewaltigung dank der Unterstützung durch meine Familie, vor allem meines Bruders Lorenzo, angezeigt. Ich weiß, dass viele der vergewaltigten Frauen die Vergewaltigungen aus Angst nicht anzeigen, denn sie sagen „die haben Waffen“, „die hat die Regierung geschickt“, „die bringen dich schnell um“. So denken die Männer und Frauen in der Gemeinden und ich will, dass sich das ändert, dass sie Anzeige erstatten, wenn ihre Rechte verletzt werden.“⁴

Inés Fernández Ortega, Mitglied der OPIM und Vergewaltigungsopfer

und die OPIM weisen darauf hin, dass viele der betroffenen Frauen die Vergewaltigung aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Täter und aus Angst vor der Ausgrenzung in ihren Gemeinden nicht anzeigen wollen. Die Übergriffe, die schwerwiegende Folgen innerhalb der indigenen Gemeinden haben, führen zu Brüchen in den Familien und in der Sozialstruktur. Häufig sind es die Frauen, die sich den Militärs entgegenstellen, um die Soldaten von ihrem Land zu vertreiben und damit versuchen, ihre Gemeinde und sich selbst vor Übergriffen zu beschützen.²

Inés Fernández Ortega erstattete eine Anzeige wegen Vergewaltigung, die sie am 22. März 2002 im Alter von 24 Jahren in ihrem eigenen Haus im Dorf „Barranca Tecuani“ erlitt. Ihr Fall sowie der Fall von Valentina Rosendo Cantú, die mit 17 Jahren in „Barranca Bejuco“ vergewaltigt wurde, sind im Juni 2004 bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission eingereicht worden. Am 12. Oktober 2007 fand die öffentliche Anhörung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in Washington statt. Vier Monate später wurde das OPIM-Mitglied Lorenzo Fernández Ortega, ein Bruder von Inés Fernández Ortega, entführt. Seine Leiche wurde am 9. Februar

2008 mit schweren Folterspuren gefunden. Die Untersuchungen in diesem Mordfall haben keinen Hinweis auf mögliche Täter ergeben. Ende 2008 gab die Interamerikanische Menschenrechtskommission ihren Bericht im Fall Inés Fernández bekannt und wartet nun auf eine Reaktion des mexikanischen Staates.

Die Anzeigen wegen Vergewaltigung von Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú gegen Angehörige der mexikanischen Armee, wurden von der mexikanischen Militärjustiz, die sich für die Aufklärung der Fälle zuständig erklärte, untersucht. Der Einspruch der Opfer wegen Verletzung ihres Rechts auf einen fairen Prozess sowie ihre Forderung, den Fall vor den zivilen Gerichtsbehörden zu verhandeln, wurden abgewiesen. Die Militärjustiz beendete die Untersuchung und legte den Fall mit der Begründung eines Mangels an Beweisen zu den Akten. Im Dezember 2006 nahm die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Fälle Inés Fernández (Fall 12.580) und Valentina Rosendo Cantú (Fall 12.579) an. Die Kommission veröffentlichte bereits im November 2008 einen ausführlichen Bericht zum Fall Inés und wartet auf eine Reaktion des mexikanischen Staates auf die im Bericht formulierten Forderungen.

Im Februar 2009 haben wieder Einheiten der Armee ihr Lager in direkter Nähe zu Inés Dorf aufgeschlagen. Inés Fernández und ihre Familie brachten ihre Sorge und ihr Gefühl von Wehrlosigkeit zum Ausdruck. Sie brachten zudem das Eindringen mehrerer Soldaten auf ihr Land sowie den Raub und die Vernichtung ihrer Ernte zur Anzeige.³ ■

¹ México: mujeres indígenas e injusticia militar, Bericht von Amnesty International, veröffentlicht im November 2004

² Interviews von pbi mit Obtilia Eugenio Manuel und Andrea Eugenio Manuel aus den Jahren 2006 und 2007 sowie der achte und neunte Jahresbericht von Tlachinollan aus den Jahren 2001-2003.

³ Von pbi überprüfte Informationen, Interviews von Inés Fernández Ortega für Cinemac Noticias, 24. März 2009

⁴ Interview Inés Fernández Ortega mit Sandra Torres Pastrano für Cinemac Noticias, 24. März 2009
[<http://www.cimacnoticias.com/site/509032403-ENTREVISTA-No-se-q.37064.o.html>].

Die Kriminalisierung von Organisationsprozessen in den indigenen Gemeinden

Laut verschiedener mexikanischer Bürgerrechtsorganisationen sind Bedrohung und Kriminalisierung von Mitgliedern der indigenen Organisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen im Bundesstaat Guerrero eine gängige Praxis. Die MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Familien sind Opfer von Mordversuchen, Einschüchterungen, Verleumdungen oder falschen Beschuldigungen. Untersuchungen gegen die Personen, welche die haltlosen Anschuldigungen erheben, gibt es nicht. Die Personen, die sich in den Organisationen der Zivilgesellschaft engagieren, stehen vor dem Dilemma, ihre Aktivitäten aufgrund der Furcht vor Repressalien zu unterlassen oder ihre Arbeit unter Risiko und ständigem Druck fortzusetzen. Mit dieser Vorgehensweise negiert der Staat das Recht, Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen; gleichzeitig stellt er die moralische Integrität derjenigen in Frage, die Anklage erheben. Erschwerend kommt die Straffreiheit der Täter dazu, die insbesondere die Angestellten des Staates vor strafrechtlichen Folgen schützt.¹

Es wird vermutet, dass Guerillagruppen während der Jahre 1996 und 1997 in der Region Ayutla versuchten, Mitglieder zu rekrutieren. Laut Tlachinollan führte dies bei der

Regierung dazu, alle Organisationsprozesse in der Region als subversiv einzustufen, insbesondere wenn diese einen indigenen Hintergrund haben.² Seit dieser Zeit hat Tlachinollan wiederholt dokumentiert, wie Führungspersonen der OIPMT ungerechterweise angeklagt wurden, bewaffneten Gruppen oder dem organisierten Verbrechen anzugehören, Morde begangen zu haben oder im Drogenhandel involviert zu sein. Das Ergebnis dieses Vorgehens war die Lähmung des Engagements vieler Personen, die aus Furcht vor Strafen für Verbrechen, die sie nicht begangen hatten, ihre Tätigkeiten einstellten oder reduzierten. Die OIPMT klagte vor laufenden Kameras sowohl die Übergriffe auf ihre Mitglieder, wie auch die Präsenz von Militärs oder zivilen bewaffneten Gruppen an, die mit Namenslisten durch die Dörfer patrouillierten und nach Mitgliedern der Organisation fragten.³ Obtilia Eugenio Manuel, Präsidentin der OPIM, beklagt, dass es immer noch zu Patrouillen durch Bewaffnete kommt, welche die Bewohner einschüchtern.

Vernehmungen und Haftbefehle gegen Mitglieder der OPIM

15 Mitglieder der OPIM wurden seit dem 15. April 2008 angeklagt, für den Mord an Alejandro Feliciano



Die Anwälte Vidulfo Rosales und Rogelio Téliz von Tlachinollan verlassen das Gefängnis in Ayutla nach einem Besuch der politischen Gefangenen der OPIM im März 2009.

García am 1. Januar 2008 verantwortlich zu sein. Unter den Angeklagten befindet sich Cuauhtémoc Ramírez, der frühere Präsident der Organisation, der von pbi begleitet wird, Familienmitglieder von Inés Fernández Ortega, deren Anklage wegen Vergewaltigung von der Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) bearbeitet wird und Orlando Manzaneros Lorenzo, Anführer der 14 Männer aus „El Camalote“, die sterilisiert wurden.

Fünf der Angeklagten wurden am 17. April 2008 verhaftet. Die Rechtsanwältinnen von Tlachinollan legten eine Verfassungsbeschwerde vor, die am 20. Oktober von einem Bundesrichter zu Gunsten von vier der Verhafteten genehmigt wurde, da es keine haltbaren Beweise gegen die Beschul-



Ritual bei der Beerdigung der ermordeten Vorsitzenden der OFPM

digten gab. Ihre Freilassung verzögerte sich um fünf Monate, weil die Bundesstaatsanwaltschaft gegen das Urteil der Bundesrichterin in Berufung gegangen war. Schließlich wurde am 18. März 2009 die Ordnungsmäßigkeit des Urteils der Bundesrichterin bestätigt und vier Mitglieder der OPIM freigelassen. Im Falle von Raúl Hernández, der nach wie vor im Gefängnis sitzt, wurde die Beschwerde abgelehnt, weil zwei Augenzeugen, die als Militärspitzel bekannt sind, bezeugten, ihn am Tatort gesehen zu haben. Die anderen 10 Beschuldigten können jederzeit verhaftet werden. Um dies zu verhindern, hat Tlachinollan eine Verfassungsbeschwerde zu ihren Gunsten eingereicht, deren Bewertung allerdings noch aussteht.

Amnesty International kam nach einer sorgfältigen Überprüfung des Falls zu dem Schluss, dass die Beweise, die gegen die Mitglieder der OPIM vorliegen, erfunden und gefälscht wurden. Die renommierte Menschenrechtsorganisation bringt den Prozess gegen die Angeklagten in direkten Zusammenhang mit ihrer Arbeit zur Förderung der Menschenrechte in ihrer Region. Sie erklärte die fünf Häftlinge am 11. November 2008 zu politischen Gefangenen.⁴

Die OPIM und Tlachinollan sehen die Geschehnisse als Teil einer gezielten Kriminalisierung der Mitglieder der

Orlando Manzanares Lorenzo, ein ehemaliger politischer Gefangener Orlando Manzanares Lorenzo, einer der befreiten Gefangenen, sieht in den Anschuldigungen gegen die Mitglieder der OPIM den Versuch, die Organisation zu zerschlagen. Er erklärte, dass sie am 17. April 2008 in einer Straßensperre von Militär und Polizei festgehalten wurden, als sie gerade auf dem Weg in ihr Dorf „El Camalote“ waren: „*Sie sprachen eine Vielzahl von Anschuldigungen gegen uns aus; sie sagten wir wären Delinquenten und schlechte Menschen*“. Die Polizisten verboten den Verhafteten, Me'phaa zu sprechen. „*Sie sagten uns, wir sollen kein Me'phaa sprechen und ich sagte ihnen, dass einige Kameraden*

kein Spanisch können“. Nach einer Tagesreise in die Polizeikommandantur nach Ayutla wurden sie befragt: „*Ich war der Letzte, der befragt wurde, und sie sagten mir, dass meine Kameraden gesagt hätten, dass ich Alejandro Feliciano García getötet hätte. Ich sagte ihnen, dass das nicht stimmt, dass ich an jenem Tag in Barranca de Guadalupe gearbeitet hätte und dass ich Schreiner sei.*“ Da Orlando sich nicht schuldig bekannte, forderten sie ihn auf, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem er seine Kameraden beschuldigte, und stellten ihm in Aussicht, ihn im Falle der Unterzeichnung freizulassen. Er weigerte sich allerdings, das Dokument zu unterzeichnen.⁶

OPIM, zu deren Zweck jede Gelegenheit genutzt wird. Auslöser, so Tlachinollan, waren Vorkommnisse des 31. März 2008. An diesem Tag wurden vier Polizisten und ein Zivilist ermordet, als sie öffentliche Gelder auf dem Weg zwischen Ayutla und der Gemeinde „El Camalote“ transportierten. Am folgenden Tag durchsuchten Beamte der Landesstaatsanwaltschaft das Haus eines angeblichen Zeugen und folterte dabei ein Familienmitglied. Während der Folter fragten die Beamten das Opfer nach Cuauhtémoc Ramírez und Obtilia Eugenio Manuel, Vorsitzende der OPIM. Auch hier wurde versucht,

eine Verbindung zwischen dem Verbrechen und Mitgliedern der OPIM herzustellen.⁵ Als keine Verbindung zwischen dem Verbrechen und der OPIM hergestellt werden konnte, wurde in den darauffolgenden Tagen die Ermittlung zum Mord an Alejandro Feliciano García aufgenommen. Vier Monate nach dem Mord wurde eine Autopsie veranlasst, in deren Folge Haftbefehle gegen 15 Anführer und Mitglieder der OPIM erlassen wurden. ■

Orlando Manzanares, Mitglied der OPIM und ehemaliger politischer Gefangener.



- 1 Menschenrechtszentrum Tlachinollan, *Tejedores de Esperanza. Bericht XI*, Tlapa, Juni 2005 bis Mai 2006, Seite 74 und 79
- 2 pbi México, *Menschenrechtsverteidiger im Bundesstaat Guerrero*, Dezember 2007, Seite 35 [<http://www.pbi-mexico.org>].
- 3 Menschenrechtszentrum Tlachinollan, *Achter Jahresbericht: El quiebre de la Justicia*, Juni 2001 bis Mai 2002 [http://www.tlachinollan.org/dhginf/dhginf_o8.pdf].
- 4 Amnesty International, Pressebericht, CPAIMX/31/2008, 11 November 2008.
- 5 Gemäß Dokumenten des Menschenrechtszentrums Tlachinollan machte Yesenia Tórnez eine Anzeige wegen Folter und reichte Beschwerde wegen Folter, Amtsmissbrauch und illegalem Freiheitsentzug bei der Landesstaatlichen Kommission für Menschenrechte (CODDEHUM) gegen Ermittlungsbeamten lokaler Polizeieinheiten ein, die für die Staatsanwaltschaft ermitteln. Die Kommission (CODDHUM) beantragte präventive Sicherheitsmaßnahmen für Yessina Tórnez und ihre Familie.
- 6 Interview Orlando Manzanares Lorenzos mit Zacarías Cervantes für „El Sur“ von Acapulco, 24. April 2008



Obtilia Eugenio Manuel und Cuauhtémoc Ramírez,
OPIM

Drohungen und Übergriffe gegen MenschenrechtsverteidigerInnen

Es gibt viele Berichte über Angriffe und Aggressionen gegen Mitglieder der OPIM und der OFPM, wie zuvor schon gegen die OIPMT. Am 18. April 2008 drangen mehr als 100 Mitarbeiter der mexikanischen Armee, der Bundespolizei und verschiedener Einheiten der Staatsanwaltschaft in das Dorf „El Camalote“ ein und schüchterten die Bevölkerung ein. Eine Gruppe von Informanten der Armee verbreitete zuvor das Gerücht, dass die Militärs alle Mitglieder der OPIM verhaften und töten würden.¹

Die Drohungen und Angriffe auf die Mitglieder der OPIM wurden bei den mexikanischen Justizbehörden wiederholt zur Anzeige gebracht, ohne dass die Opfer der Angriffe über irgendwelche Fortschritte bei den Untersuchungen informiert wurden. Aufgrund der vielen Drohungen, die sie wegen ihrer Arbeit bei der OPIM erhalten haben, ordnete die CIDH im Januar 2005 Sicherheitsmaßnahmen für Obtilia Eugenio Manuel, ihre Schwester Andrea Eugenio Manuel, ihren Ehemann Cuauhtémoc Ramírez und ihre Kinder an. Weitere Sicherheitsmaßnahmen wurden am 4. September 2007 für Inés Fernández Ortega, ihren Ehemann Fortunato Prisciliano Sierra und ihre Kinder angeordnet. Sie waren bedroht worden, weil sie vor mexikanischen Gerichten und vor dem CIDH Anklage erhoben hatten. Nach dem Mord an Lorenzo Fernández Ortega im Januar 2008 und den Verhaftungen im April

ordnete die CIDH am 27. Juni 2008 weitere Sicherheitsmaßnahmen für 41 Mitglieder der OPIM an, um diese vor Übergriffen zu schützen. Unter den 41 Personen befanden sich die fünf inhaftierten Mitglieder der OPIM. Die Maßnahmen für die seit 2005 und 2007 geschützten Personen wurden zudem erweitert.

Wenn die CIDH die Sicherheitsmaßnahmen anordnet, verhandelt sie mit dem mexikanischen Staat, dessen Behörden für die Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen verantwortlich sind. Obtilia Eugenio Manuel beklagte sich wiederholt über die Wirkungslosigkeit der gewährten Maßnahmen. Angesichts der anhaltenden Drohungen, unter denen sie leidet, erweisen sich die gewährleisteten Maßnahmen derzeit als wirkungslos.²

Drohungen gegen Obtilia Eugenio Manuel

Obtilia Eugenio Manuel erhält Morddrohungen, seit sie am Gedenktag an das Massaker von „El Charco“ im Jahre 2002 teilnahm. Die Drohungen fingen an, sich zu häufen, nachdem sie als Übersetzerin für Inés Fernández Ortega, einer vom Militär vergewaltigte Me'phaa, tätig wurde. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2002 wurde sie viermal bedroht. Im Dezember 2004 erhielt sie ein anonymes Schreiben mit einer Morddrohung, in dem man sich auf ihre Aussagen in einem öffentlich Forum bezog, in dem sie den Fall von Inés Fernández und

Valentina Rosendo vortrug. Seitdem kam es wiederholt zu Drohungen, Verfolgung, bedrohlichen Telefonanrufen und zur Überwachung ihres Hauses.

Nach ihrer Wahl zur Präsidentin der OPIM am 24. Januar 2009 verstärkte sich die Intensität dieser Aggressionen und Einschüchterungsversuche. pbi hat seit dem 24. Januar 2009 sieben ernst zu nehmende Drohungen dokumentiert. Exemplarisch sind die Ereignisse vom 24. Januar, als Obtilia zu einer Versammlung der OPIM ging. Auf dem Weg dorthin folgten ihr drei Autos; einer der Insassen sprach eine direkte Morddrohung aus. Amnesty International zitierte in einer Eilaktion am 12. Februar: „Du kommst dir wohl sehr mutig vor, wie eine echte Frau. Hoffentlich kommst du auch ins Gefängnis [...] Wenn ihr nicht ins Gefängnis kommt, werden wir euch töten“.³

Nach den Morden an den Vorsitzenden der Mixtecos wurden die Drohungen, die mittels Telefonanrufen, Briefen und Personen, die einschüchternde Botschaften übermittelten, immer intensiver. Am 17. und 20. März erhielt sie auf ihrem Handy mehrere SMS, in denen man ihr mitteilte, dass sie die Nächste sein könn-

Als ich Inés als Übersetzerin half, begannen die Drohungen. Ich traf einen Mann auf der Straße [...], der ebenfalls der indigenen Bevölkerung angehört, von dem wir aber wissen, dass er zum Militär gehört; er sagte zu mir: „Ich sage es dir im Guten, pass auf, hör auf anzuklagen, weil das, was diese Frauen sagen falsch ist; du erzählst nur Lügen und die, die du anklagst sind sehr wütend, sie wollen sich rächen; ich sage es dir im Guten und weil ich dich kenne, pass auf“. Ich antwortete ihm nicht und dann begannen die anonymen Drohungen. Daher gewährte man mir die Sicherheitsmaßnahmen (...). Sie wollen mir Angst machen, damit ich nicht noch mehr Leute organisiere; deshalb verbreiten sie Angst. Wir wissen, dass die Regierung ihre Leute hat, paramilitärische Gruppen, und wir wissen, wer die sind, da sie ebenfalls der indigenen Bevölkerung angehören. Dies ist gut geplant, damit die Regierung sagen kann, es handle sich um Streitigkeiten zwischen der indigenen Bevölkerung, wenn es Tote gibt.“⁵

Obtilia Eugenio Manuel,
Präsidentin der OPIM

te, die verschwindet, gefoltert und erschossen wird, genauso, wie die Vorsitzende der OFPM. Die Drohungen beinhalteten den Hinweis, dass die Unterstützung von Organisationen wie dem Menschenrechtszentrum Tlachinollan sie nicht davor retten würde, dass „die Kugeln sie durchlöcheren“. Angesichts der angespannten Situation musste Otilia Eugenio Manuel die Region verlassen.⁴

Der Mord an Raúl Lucas Lucien y Manuel Ponce Rosas, leitende Mitglieder der OFPM

Raúl Lucas Lucien war einer der Überlebenden des Massakers von „El Charco“. Seit 2007 war er Präsident der Organisation für die Zukunft des Volkes der Mixtecos (OFPM). Seit 1998 wurde er mindestens viermal bedroht und angegriffen. 1999 folterten und bedrohten ihn Angehörige der mexikanischen Armee. Im September 2001 wurde er zusammen mit seinen Brüdern und seinem Schwager erneut von Militärangehörigen in seinem Dorf gefoltert. Am 18. Oktober 2006, nachdem die „Andere Kampagne“ (la otra campaña) das Dorf von „El Charco“ besucht hatte, erhielt er von Soldaten Drohungen. Schließlich wurde er am 15. Februar 2007 aus einem Hinterhalt von einer Kugel am Hals verletzt, was ihn fast das Leben kostete. Obwohl all diese Vorgänge zur Anzeige gebracht wurden, gingen die Täter straffrei aus. Am 13. Februar 2009 wurden Raúl Lucas Lucien und Manuel Ponce Rosas, Sekretär der Organisation, von drei bewaffneten Personen gegen 13.15 Uhr entführt. Die Entführung geschah während einer öffentlichen Veranstaltung, an der auch Mitarbeiter der Gemeindebehörde von Ayutla de los Libres teilnahmen. Am Sonntag, den 22. März, identifizierten Familienangehörige der Opfer die Leichen der beiden Vorsitzenden, nachdem sie am Freitag, den 20. März, mit deutliche Folterspuren und im fortgeschrittenen Stadium der Verwesung aufgefunden worden waren.⁶

Zwei Monate später berichteten die Anwälte von Tlachinollan, welche die Familien der Opfer vertreten, über die fehlenden Ergebnisse und die schleppende Untersuchung der zuständigen Justizbehörden des Bundesstaates von Guerrero. Sie beklagen, dass es nach wie vor keine Verdächtigen gibt. Besonders kritisieren sie, dass die Oberstaatsanwaltschaft von Guerrero

Raúl Lucas Lucien, Präsident der OFPM, ermordet im Februar 2009

Im Juli 2007 fasste Raúl Lucas in einem Interview von pbi einige der Angriffe zusammen, die er und seine Familie seit dem Massaker von „El Charco“ im Jahr 1998 erleiden mussten. „Nach dem Massaker von El Charco begann die Armee, mich zu bedrohen [...], ich sei ein Anführer, der die Kameraden anstachele, und sie würden mich töten. Sie kamen viermal in mein Haus und seitdem erhielten wir ihre Morddrohungen [...]. Dann erschossen sie meine Frau und uns wurde

keinerlei Gerechtigkeit zuteil. In diesem Jahr, am 15. Februar 2007, verübten sie ein Attentat auf mich [...], sie schossen mir in den Hals. Und auch hier erhielten wir weder Unterstützung von der Polizei noch von der Justiz. Bevor sie schossen (am 18. Oktober 2006), griffen sie mich verbal an: „Du kennst deine Region und weißt, wo Drogen gesät werden und wo sich die Guerilleros aufhalten [...]. Du solltest es wissen - und wenn nicht, werden wir die Gegend durchsuchen. Wenn wir dann etwas finden, kommen wir direkt zu dir.“⁸

(PGJE) es in ihren Ermittlungen nicht in Betracht zieht, einen Zusammenhang zwischen der Arbeit der Opfer als MenschenrechtsverteidigerInnen und den Morden als wichtigste Ermittlungsrichtung zu untersuchen.⁷ Sie verlangten deswegen die Übernahme der Ermittlungen durch Bundesbehörden, von denen sie sich eine wirksamere Arbeit in der Aufklärung der Taten erhoffen.

Guadalupe Castro Morales und Carmen Lucas Lucía, Witwe und Schwester von Raúl Lucas, wurden ebenfalls bedroht; man verlangte von ihnen, ihre Forderungen nach Aufklärung der Straftaten einzustellen. Sie teilten pbi mit, dass der mexikanische Staat ihnen Polizeischutz angeboten hat, den sie aber zurückgewiesen haben. Sie erklärten, der Polizeischutz wäre ohne Rücksprache mit ihnen und ohne Rücksicht auf ihre Bedürfnisse angeordnet worden. Die Polizisten, die sie schützen sollten, traten in ihr Haus ein, als sie gerade die Riten zur Beerdigung für ihre Familienangehörigen ausführten. Die Maßnahme berücksichtige nicht ihre kulturelle und soziale Realität als indigene Frauen, erklärten die beiden Frauen.

Die Drohungen gegen das Menschenrechtszentrum Tlachinollan

Einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche des Menschenrechtszentrum Tlachinollan ist die Arbeit der Anwälte, welche die juristische Bearbeitung von Menschenrechtsverletzungen übernehmen. So haben sie unter anderem die Verteidigung in den Fällen der OPIM und der OFPM übernommen, die Klage bei mexikanischen Gerichten und vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte eingereicht haben. Zudem bietet Tlachinollan den

Opfern und Familien auch psychologische Unterstützung an. Aufgrund ihrer Arbeit wurden die Mitarbeiter von Tlachinollan sowie ihre Familienangehörige Opfer einer Serie von Übergriffen und Drohungen, vor allem in den Monaten Februar und März 2009. Am 18. März 2009 besuchte eine Delegation von acht Mitarbeitern Tlachinollans Ayutla. Auf dem Rückweg wurden sie von einem anderen Auto verfolgt, von dem aus mehrere Schüsse in die Luft abgegeben wurden. Angesichts der angespannten Sicherheitslage gab Tlachinollan in den folgenden Tagen die zeitweilige Schließung seines Büros in Ayutla bekannt, da unter den derzeitigen Bedingungen eine Arbeit für die Verteidigung der Menschenrechte in der Region nicht möglich ist. ■

1 La Jornada Guerrero, 18. März 2008.

2 Peace Brigades International: Informationen, die von begleitenden Personen übermittelt wurden

3 Amnesty International, Eilaktion, AMR 41/006/2009, 12. Februar 2009

4 FIDH, Eilaktion-MEX 004/0309/OBS 055, 30. März 2009

5 pbi Mexiko, Verteidigerinnen und Verteidiger für Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero, Dezember 2007, [http://www.pbi-mexico.org]

6 La Jornada, Opinión, 24. Februar 2009

7 Menschenrechtszentrum Tlachinollan und mehr als 111 Organisationen, Die Aggressionen gegen die Menschenrechtsverteidiger in Guerrero verstärken sich, 25. März 2009

8 Auszüge dieses Interviews können nachgelesen werden in der Veröffentlichung der pbi Mexiko „Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger im Bundesstaat Guerrero“, verfügbar unter [http://www.pbi-mexico.org]



Vertreter der deutschen und der französischen Botschaft in einem Treffen mit Mitgliedern der OPIM und Mitarbeitern von Tlachinollan in Ayutla am 17. April 2009.

Die Arbeit der internationalen Menschenrechtsinstitutionen in Ayutla

Internationale Menschenrechtsorganisationen

Die Organisationen der indigenen Bevölkerung knüpften auch Kontakt zu internationalen Menschenrechtsorganisationen. Amnesty International und Peace Brigades International reagierten auf die Übergriffe gegen die Organisationen und begleiteten diese zum Teil im Verlauf des Anzeigeprozesses.

pbi hat seine internationalen Begleitungen in Mexiko 1999 begonnen; Ende 2003 begann die Begleitung der Mitglieder von Tlachinollan, die im Büro von Ayutla arbeiten. Ende 2004 berichtete Tlachinollan und die OPIM den MitarbeiterInnen von pbi von der Gefahr, in der sich die Führung der OPIM aufgrund ihrer gewaltfreien Menschenrechtsarbeit und ihrer Forderungen nach Verbesserung der sozialen Situation in den Gemeinden befindet. Besonders Obtilia Eugenio Manuel und Andrea Eugenio Manuel wurden stark bedroht, da sie sich als Übersetzerinnen und Unterstützerinnen von Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú einsetzten. pbi begann, die Vorsitzenden der OPIM, Obtilia Eugenio Manuel, Andrea Eugenio Manuel sowie Cuauhtémoc Ramírez Rodríguez zu begleiten. Die Begleitung von Tlachinollan wurde ebenfalls weiter fortgeführt und pbi hält einen engen Kontakt zu den Mitgliedern der OPIM und der OFPM, von denen zwei leitende Mitglieder vor kurzem ermordet wurden.

pbi verfügt mittlerweile über eine regelmäßige Präsenz in der Gemeinde Ayutla und erstellte Veröffentlichungen in verschiedene Sprachen, in denen die Arbeit sowie die Forderungen

gen der begleiteten Organisationen dargelegt werden. Diese Arbeit wird von einem internationalen Unterstützungsnetzwerk in 16 Ländern in Europa, Nordamerika und dem pazifischen Raum mit getragen. pbi hat innerhalb und außerhalb Mexikos intensiv daran gearbeitet, Gesellschaft und Politik für die schwierige Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen zu sensibilisieren. Bei Gesprächen mit zivilen und militärischen Stellen in Mexiko, den Diplomatischen Vertretungen, den Menschenrechtsinstitutionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem wurde auf die Sicherheitsprobleme der MenschenrechtsverteidigerInnen hingewiesen.

Amnesty International (AI) hat die Arbeit der OPIM und der OFPM verfolgt und durch ihre Eilaktionen unterstützt. Seit 2005 hat AI seine Sorge um die Sicherheit der Mitglieder der OPIM Ausdruck verliehen; 2009 wurden Eilaktionen für Mitglieder der OFPM versandt. Am 11. November 2008 hat Amnesty International fünf Mitglieder der OPIM, die sich seit dem 18. April 2008 in Haft befanden, zu politischen Häftlingen erklärt und führt seitdem eine Kampagne zu deren Befreiung durch. VertreterInnen von Amnesty International haben am 5. und 6. Februar 2009 die OPIM sowie die Menschenrechtsorganisationen in Ayutla besucht.

Verschiedene internationale Menschenrechtsorganisationen wie die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, der Zivile Dienst für den Frieden (SIPAZ), Frontline, das „Washington Office on Latin Ame-

rica“ (WOLA), die „Latin American Working Group“ sowie „Agir Ensemble pour les Droits de L'Homme“ haben den mexikanischen Behörden ihre Besorgnis bezüglich der Übergriffe auf die Mitglieder der OPIM und der OFPM ausgedrückt und wiesen auf die Pflicht der Behörden hin, MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen.

Nach der Ermordung der Vorsitzenden der OFPM, Raúl Lucas Lucía und Manuel Ponce Rosas, haben Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW), Fundación para el Debido Proceso Legal, Latin American Working Group und Washington Office on Latin America (WOLA) eine Mitteilung an die mexikanischen Behörden geschickt, in dem sie ihre Sorge ausdrückten und eine schnelle Untersuchung der Ereignisse sowie die Bestrafung der Verantwortlichen forderten. Weitere 140 mexikanische und internationale Organisationen haben ebenfalls eine Erklärung aufgesetzt, in der sie den Schutz der Familien der Opfer fordern und ihrer Sorge über die Sicherheit der Mitglieder der OFPM und der OPIM Ausdruck verliehen.

Aktivitäten internationaler Institutionen

Seit mehreren Jahren ordnete die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der OPIM-Mitglieder an. Die CIDH untersucht auch die Fälle von Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú. Die Ermordungen der beiden OFPM-Mitglieder sowie deren Begleitumstände sind international von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen auf breite Ablehnung gestoßen: Das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Mexiko (UNHCR), die Interamerikanische Menschenrechtskommission sowie die EU-Präsidentschaft haben die Morde verurteilt und eine zügige und umfassende Aufklärung der Vorfälle gefordert. Diplomatische Vertreter und Mitglieder der Europäischen Union besuchten auf Bitten von pbi am 16. und 17. April 2009 den Bundesstaat Guerrero. Sie trafen sich mit Menschenrechtlern sowie mit Vertretern der staatlichen Behörden, um Informationen zur aktuellen Situation zu erlangen. Im März 2009 besuchten auch Vertreter des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Mexiko die Region Ayutla. ■

Empfehlungen

UNHCR hat 2003 im Rahmen ihrer Beurteilung der Situation der Menschenrechte in Mexiko¹ mit der mexikanischen Regierung beschlossen, ein „ganzheitliches Aktionsprogramm zum Schutz der Funktion der MenschenrechtsverteidigerInnen und zur Anerkennung ihrer Arbeit“ zu erstellen und umzusetzen“.

Mexiko hat seinerseits ein Nationales Menschenrechtsprogramm erarbeitet, das offiziell am 29. August 2008 bekannt gegeben wurde. Das Programm sieht vor „die Art und Weise zu definieren, wie man den MenschenrechtsverteidigerInnen einen besonderen Schutz zukommen lassen kann“. Die Bundesstaatsanwaltschaft ist demnach zuständig „ein Sonderprotokoll zu erarbeiten, welches Ermittlungen von Straftaten gegen MenschenrechtsverteidigerInnen ermöglicht“, zudem soll sie „Gesetzliche Rahmenbedingungen zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen voranbringen“.² Im Rahmen des Revisionsprozesses vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat Mexiko sich zudem am 13. Februar 2009 zum Schutz und zur Unterstützung der Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen bereit erklärt.

pbi hält die sofortige Umsetzung dieser Zusagen des Mexikanischen Staates in der Region Ayutla für unaufschiebbar; die Gewalt gegen MenschenrechtsverteidigerInnen schränkt dort die Arbeit von der OPIM, Tlachinollan und der OFPM massiv ein.

Darum bitten wir die internationale Gemeinschaft:

Gegenüber dem mexikanischen Staat ihre Besorgnis über die Straflosigkeit der Morde im Falle der Mitglieder der OFPM und der OPIM, Raúl Lucas, Manuel Ponce und Lorenzo Fernández Ausdruck zu verleihen und eine umfassende Untersuchung sowie die Bestrafung der Verantwortlichen zu fordern.

Im Falle der Anklagen gegen Raúl Hernandez und 10 weiterer Mitglieder der OPIM ein zügiges und faires Verfahren zu fordern. Raúl Hernandez wurde von Amnesty International zum politischen Häftling erklärt.

Zudem sollte eine zügige Entscheidung zu den Verfassungsklagen gegen die Haftbefehle der OPIM Mitglieder gefordert werden.

Bezüglich der Drohungen gegen die Mitglieder der OPIM und der OFPM sowie der akuten Gefahrensituation der MenschenrechtsverteidigerInnen, soll Folgendes gefordert werden: Die Untersuchung und Verurteilung der Verantwortlichen für die Drohungen gegen Obtilia Eugenio Manuel und die anderen Mitglieder der OPIM, gegen Mitarbeiter von Tlachinollan sowie gegen Guadalupe Castro Morales und Carmen Lucas Lucía, Witwe und Schwester von Raúl Lucas der OFPM.

Außerdem einen effizienten Schutz für die Mitglieder OPIM, im Speziellen für Obtilia Eugenio Manuel, Andrea Eugenio Manuel und deren Familien sowie für Inés Fernández Ortega und ihrer Familienangehörigen. Die mexikanischen Behörden sollten Gespräche mit den bedrohten Personen führen, um effiziente Maßnahmen zu deren Schutz festzulegen, welche die Bedürfnisse der Opfer mit einbezieht.

Unbegründete Anklagen und Prozesse, welche die MenschenrechtsverteidigerInnen verleumden und die von der Justiz als unhaltbar einstuft werden, sollten zu Ermittlung und Bestrafung der Verantwortlichen führen.

Des weiteren soll die Überwachung der Umsetzung des Nationalen Menschenrechtsprogramms vom August 2008 zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen eingefordert werden. Ebenso sollte die Umsetzung der Empfehlungen, die Mexiko während des Revisionsverfahrens vor dem UN-Menschenrechtsrat angenommen hat, eingefordert werden. Dazu gehört die öffentliche Anerkennung der von MenschenrechtsverteidigerInnen geleisteten Arbeit durch den mexikanischen Staat.

Wenn Sie die MenschenrechtsverteidigerInnen in Ayutla sowie die Arbeit von pbi unterstützen wollen, nehmen Sie bitte über unsere Homepage Kontakt zu uns auf: www.pbi-mexico.org.

Besonders JuristInnen und AnwältInnen, die an den Fällen interessiert sind, bittet pbi, die riskante Situation der Anwälte von Tlachinollan zu beobachten.



Die Sonderpublikation über Ayutla wurde vom pbi-Mexikoprojekt erarbeitet und veröffentlicht. pbi Mexiko zeichnet sich nicht für die Aussagen Dritter in dieser Veröffentlichung verantwortlich.

Layout:

Wolfgang Ecker und Tess Treiber

Druck: Gráficas Luna

Fotos: pbi und Centro de Derechos Humanos Tlachinollan



Mexiko, Mai 2009.

Foto Rückseite:

Protest gegen die Ermordung der Vorsitzenden der Organisation für die Zukunft des Volkes der Mixtecos (OFPM) im Februar 2009. Foto pbi.

Internationales Büro von pbi
Development House
56-64 Leonard St.,
London EC2A 4JX, UK
Tel.: +44 20 4065 0775
admin@peacebrigades.org

Mexikoprojekt von pbi
P.O. Box 40007
San Francisco CA 94140 USA
Tel. / Fax: +1 415 287 0895
pbimexico@pbi-mexico.org

Büro des Mexikoprojekts
in Mexiko-Stadt
Calle Medellín 33
Colonia Roma
06700 México D.F.
Tel. / Fax: +52 1 55 55 14 28 55
pbidf@pbi-mexico.org

1 Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO in Mexiko. *Diagnose der Situation der Menschenrechte in Mexiko*. Mexiko, oacnudh, 2003, Empfehlung Nr. 7, S. 7 ff.
2 Nationales Menschenrechtsprogramm 2008-2012, Bundesgesetzblatt, Freitag, 29. August 2008



Peace Brigades International (pbi) ist eine Nichtregierungsorganisation, die seit 1999 Teams zur Durchführung internationaler Begleitung in Mexiko hat. Auf Anfrage lokaler Organisationen begleitet pbi Organisationen oder Personen, die aufgrund ihrer gewaltlosen Arbeit für die Menschenrechte unter Drohungen und Verfolgung leiden. Ziel der Begleitung ist es, den Organisationen die Weiterführung ihrer Arbeit zu ermöglichen und den politischen Handlungsspielraum zu vergrößern. Die internationale Begleitung versucht durch das Eingreifen Dritter, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, um zu einer friedlichen Transformation der bestehenden Konflikte beizutragen. pbi beabsichtigt zu keinem Zeitpunkt die mexikanischen Initiativen zu ersetzen, sondern beschränkt sich darauf, diese durch die Präsenz von internationalen Freiwilligen, welche die bedrohten AktivistInnen begleiten, zu unterstützen. Durch die Anwesenheit in den Konfliktgebieten, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie den Gesprächen mit den zivilen und militärischen Behörden bekommen die lokalen Organisation internationale Unterstützung.

Weitere Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten:
www.pbi-mexico.org / www.pbi-deutschland.de